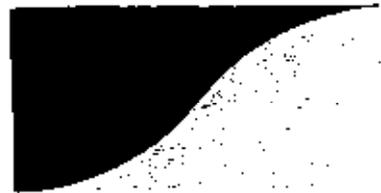


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12



## Inhalt

Dr. Gerhard Schmid  
MdEP zur Ermordung  
des Mafia-Ermittlers  
Giovanni Falcone:  
Kampf gegen organi-  
siertes Verbrechen ver-  
stärken.

Seite 1

Siegfried Vergin MdB  
fordert in einem  
Schreiben an den Bun-  
desinnenminister ost-  
deutsche Fachleute in  
die Bundeszentrale für  
politische Bildung: Ab-  
bau der Mauer in den  
Köpfen durch politische  
Bildung.

Seite 2

Horst Heinrich MdL und  
Johannes Straßer MdL  
zur Forderung, dieses  
Kommunikationsmittel  
auf dessen Gesund-  
heitsschädlichkeit zu  
überprüfen: Elektro-  
Straß durch Mobiltele-  
fone.

Seite 3

47. Jahrgang / 102

29. Mai 1992

### Kampf gegen organisiertes Verbrechen verstärken Zur Ermordung des Mafia-Ermittlers Giovanni Falcone

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP

Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Das Ärgste, was dem ermordeten Mafia-Jäger Giovanni Falcone nach seiner Ermordung nun noch passieren könnte, wäre eine Handlungsweise der Verantwortlichen, wie wir sie nur zu gut kennen: Mit dem Sarg werden die Probleme aus dem Blickfeld geräumt, die heißen Schwüre vergessen und die gewöhnlichen Geschäfte wieder aufgenommen.

Die gewöhnlichen Geschäfte sind nach dem Eindruck der Öffentlichkeit, daß die Politiker reden, die Bürgerinnen und Bürger Steuern bezahlen, die Geldwäscher Geld waschen und die Mafia mordet. Dabei sollte es so sein, daß die Politiker nicht nur reden, sondern auch handeln und die Bürgerinnen und Bürger angemessene Leistungen für ihre Steuern erhalten, damit die Geldwäscher nicht weiter munter Geld waschen und die Mafia und ihresgleichen nicht nahezu unbehelligt nach Lust und Laune mordet. In Italien, in Deutschland, in Europa, in der ganzen Welt.

Das Thema "Organisiertes Verbrechen" gehört auf den nächsten EG-Gipfel am 26./27. Juni in Lissabon. Dort muß Front gegen das organisierte Verbrechen gemacht werden. Nur gemeinsam kann Europa mit diesem Kriegsgeschwür fertig werden.

Zuerst muß dem Verbrechen die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden:

- o Mit den Geldwäschern und ihren Helfershelfern muß aufgeräumt werden. Es ist ein Skandal, daß das Ausführungsgesetz zum entsprechenden Rahmengesetz der EG von 1991 erst in der nächsten Woche im Bundestag beraten wird. Deutschland ist inzwischen zur Drehscheibe dieser kriminellen Aktivitäten geworden, weil die Bundesregierung es seelenruhig zuließ, daß sich diese Machenschaften hierzulande ausbreiteten, nachdem in Italien nicht nur das geforderte Gesetz schnell erlassen, sondern auch streng angewandt wurde.
- o Der Rauschgifthandel muß zerschlagen werden. Nicht indem die Süchtigen verfolgt, sondern die Dealer und ihre Hirtenmänner aufgespürt werden. Substitute wie Metadon müssen eingesetzt werden, um den Süchtigen zu helfen, aber ebenso, um den Rauschgifthändlern die Kunden zu entziehen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis: DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verzögert Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



- o Der Kampf gegen den Subventionsbetrug, eine EG-Spezialität, muß richtig aufgenommen werden. Dafür benötigt die EG eigene Zuständigkeiten, damit sie selbst Fahndungskräfte dort einsetzen kann, wo sie es für geboten hält. Allein die Möglichkeit der Verstrickung nationaler Behörden in die Subventionsschwindeleien macht diese Maßnahme unumgänglich, wenn man dieses kriminelle Geschäftsgebahren unterbinden will.

Die Zusammenarbeit der Ermittler muß international verzahnt werden. Dazu ist notwendig, daß Europol beschleunigt zu einem echten Europa-FBI ausgebaut wird. Das muß der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterstehen. Aber ebenso selbstverständlich braucht es die gesetzliche Basis, verdeckte Ermittlungen auch über Grenzen hinweg führen zu dürfen. Das wäre erfolgreicher, als Indianerspiele wie Lauschangriffe und ähnliches in Deutschland.

Dazu gehört auch, daß Bundesinnenminister Seiters Abschied von der Idee nimmt, die im EG-Binnenmarkt nicht mehr benötigten Zollbeamten zur Bahnpolizei zu versetzen. Diese hochqualifizierten Menschen müssen ihre Fahndungserfahrungen entweder in die spezielle Bekämpfung des Drogenhandels einbringen oder an den Außengrenzen der Gemeinschaft den Rauschgiftschmuggel stoppen.

(-/29. Mai 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### **Abbau der Mauer in den Köpfen durch politische Bildung.**

**Von Siegfried Vergin MdB**

**Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für politische Bildung**

Solange die westdeutsche Perspektive bei der Konzeption der Inhalte und Formen politischer Bildung die Hauptperspektive bleibt, kann politische Bildung keinen Beitrag zum Abbau der Mauer in den Köpfen der Menschen leisten. Solange Westdeutsche so sicher sind, daß sie für Ostdeutsche mitdenken können und dürfen, solange wird nicht zusammenwachsen, was zusammengehört.

Deshalb ist es unverantwortlich, daß die Bundeszentrale für politische Bildung keine einzige Fachkraft aus den neuen Ländern für konzeptionelle inhaltliche Arbeit und die Planung ihrer Umsetzung eingestellt hat.

Diese Tatsache ist keine banale Äußerlichkeit, sondern Ausdruck eines Deutschlandbildes, das in dem nach dem 3. Oktober 1990 entstandenen neuen Staat lediglich eine Vergrößerung der alten Bundesrepublik sieht. Es genügt nicht, im Bericht der Bundesregierung zu Stand und Perspektiven der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland mit ausgefeilten Formulierungen darzulegen, daß im Mittelpunkt der politischen Bildungsarbeit in den nächsten Jahren die gesellschaftliche Integration im vereinigten Deutschland stehen soll. Die Bundeszentrale für politische Bildung sollte diese Integration vorwegnehmen und nicht in die Fehler einer selbstgerechten "Anschluß-Mentalität" verfallen.

Möglichst viele ostdeutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen in verantwortlicher Position an den konzeptionellen und strategischen Überlegungen und Planungen der Bundeszentrale für politische Bildung mitwirken. DDR-Erfahrungen müssen Eingang in die politische Bildung finden, nicht nur bei den Teilnehmenden von Bildungsveranstaltungen und den neuen Landeszentralen, sondern auch bei den Planenden auf Bundesebene.

Ich fordere deshalb das noch immer zuständige Bundesministerium des Innern auf, umgehend dafür Sorge zu tragen, daß die Einstellung ostdeutscher Fachleute und deren maßgebliche Beteiligung an den konzeptionellen Aufgaben der Bundeszentrale für politische Bildung erheblich erweitert wird.

(-/29. Mai 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

**Elektro-Streß durch Mobiltelefone**

**Zur Forderung, dieses Kommunikationsmittel auf seine Gesundheitschädlichkeit zu überprüfen**

**Von Horat Heinrich MdL und Johannes Straßer MdL  
Mitglieder des Bayerischen Landtags**

Die Genehmigungsverfahren für Sendemasten der Deutschen Bundespost Telekom für Mobilfunktürme müssen ausgesetzt werden, bis die Auswirkungen der elektromagnetischen Abstrahlungen auf die menschliche Gesundheit überprüft worden sind. Wir verweisen auf entsprechende Gerichtsurteile, auf einen Stopp der Genehmigungsverfahren durch die Bezirksregierung Hannover und insbesondere auf die Warnungen aus dem Bundesamt für Strahlenschutz, von Medizinern und Wissenschaftlern und selbst der Hersteller. Die für Mobiltelefone notwendigen energetischen Leistungen stehen in erheblichem Verdacht, schwere gesundheitliche Schädigungen auszulösen, doch bisher ist der unmittelbare Zusammenhang des Auftretens elektromagnetischer Wellen mit den Symptomen weder eindeutig nachgewiesen noch eindeutig zu verneinen. Bevor die Genehmigungsverfahren weiter betrieben werden können, muß mindestens das von der Bezirksregierung Hannover in Auftrag gegebene Gutachten abgewartet werden.

Telekom und Mannesmann planen und beantragen derzeit ein flächendeckendes Netz von bundesweit 3.000 Mobilfunktürmen für das digitale 'D-Netz'. Für dieses Netz der 76 Meter hohen und 1,5 Millionen Mark teuren Masten sind bereits die Genehmigungsverfahren eingeleitet. Doch sicher ist, daß das hochenergetisch arbeitende Netz - deutlich stärker als das bisherige analog arbeitende 'C-Netz' - einen kräftigen Beitrag zum 'Elektrosmog' liefern wird. Die Belastung mit elektromagnetischen Wellen aus der Umwelt - bisherige Quellen sind beispielsweise Mikrowellen, Hochspannungsleitungen, Computerbildschirme, Kopierer, Rundfunk- und Fernsehsender, Radargeräte, Cityruf sowie Bündel- und Satellitenfunk - wird dadurch erheblich verstärkt, zum einen durch die Türme, zum anderen aber auch durch die Telefone selbst, die mit Sendeleistungen bis zu 20 Watt arbeiten werden.

Daß die elektromagnetische Strahlung Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen hat, ist seit Jahren bekannt und wird heute auch von der Staatsregierung nicht mehr bestritten, wie die Antworten auf eine Reihe von SPD-Anfragen belegen. 'Elektrosmog' wird damit einer ganzen Reihe von Erkrankungen und Symptomen in Verbindung gebracht - wie Grauer Star, Kopfschmerzen, Übererregung, Erschöpfungszustände und Allergien. Wissenschaftliche Nachweise gibt es vor allem aus den USA, wo das Krebsrisiko belegt ist, das wie Erbgutschädigungen als Langzeitfolge gilt.

Der fehlende Nachweis und die Unsicherheit von Medizin und Wissenschaft kann aber auf keinen Fall bedeuten, daß die "Elektrosmog"-Verseuchung unbegrenzt vermehrt werden darf. Sicher ist auch für die Experten des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), Satzgitter, daß die neuen Mobiltelefone hohe Frequenzen abstrahlen, die vom Körper absorbiert werden. Sie warnen deshalb vor der Benutzung sendestarker Mobiltelefone und sehen ebenso wie Werner Irnich vom Universitätsklinikum Gießen Auswirkungen sowohl über die Temperaturerhöhung im Körper als auch durch Veränderungen an den Zellen und Zellverbänden. Wulf-Dietrich Rose, Leiter der Internationalen Gesellschaft für Elektrosmog-Forschung, beschreibt die Gefahr, daß die Zahl der Allergie-Erkrankungen noch stärker ansteigt, weil das menschliche Abwehr- und Regulationssystem immer mehr überfordert wird. Selbst der Pressesprecher des Mobiltelefon-Herstellers Siemens, Frank Häfner, gibt zu: "Nach heutigem Kenntnisstand ist bei längerem Telefonieren eine Gefährdung nicht auszuschließen." Als kritische Grenze wird - selbst in Deutschland, das Schlußlicht im Gesundheitsschutz bei "Elektro-Smog" ist - eine Sendeleistung der Mobiltelefone von unter ein Watt angesehen, doch die neuen Geräte haben eine Leistung von etwa zwei bis zu 20 Watt.

Weitaus eindeutiger werden die Gefahren, die von den Mobilfunktürmen ausgehen, beschrieben. Hier haben die Verwaltungsgerichte in Stade und in Wiesbaden der Telekom die Inbetriebnahme von Sendemasten auf Klagen von Anwohnern vorläufig untersagt, da nicht hinreichend ausgeschlossen werden könne, daß von den Energieabstrahlungen der Türme gesundheitliche Gefährdungen ausgehen. Als Folge daraus hat die Bezirksregierung Hannover das Genehmigungsverfahren für insgesamt zwölf neue Sendemasten der Telekom gestoppt. Die niedersächsische Landesregierung teilt die gerichtlichen Bedenken gegen die Abstrahlungen. Zu einer abschließenden Stellungnahme wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Nachdem auch in ganz Bayern in den Kommunen und bei den Bezirksregierungen die Genehmigungsverfahren laufen, fordern wir in einem Antrag die Staatsregierung auf, angesichts des hohen möglichen Gefährdungspotentials die Verfahren auszusetzen, bis fundierte wissenschaftliche und medizinische Erkenntnisse vorliegen.

(-/29. Mai 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*